

rung gemeinsamer Euro-Anleihen, bevor sie bereit sind, auf weitere Souveränität zu verzichten. Gerade das aber lehnen Merkel und Sarkozy bislang ab. „Es ist wie mit der Henne und dem Ei“, sagt Belgiens Finanzminister Reynders. „Die einen wollen zuerst eine Fiskalunion, die anderen eine Transferunion.“

Gegen Merckels Pläne gibt es auch in der eigenen Koalition Widerstand. CSU-Chef Seehofer etwa ist strikt dagegen, „nationale Souveränitätsrechte an eine europäische Wirtschafts- und Fiskalunion“ abzutreten. „Wir wollen keinen europäischen Superstaat“, sagt er.

Auch die FDP will von Merckels Plänen von einem immer enger zusammenwachsenden Europa nichts wissen. Sie profiliert sich als Dagegen-Partei: keine Euro-Bonds und auch keine weiteren Kompetenzen für Europa. Allenfalls „mehr Koordination, aber eher im Sinne von gemeinsamen Leitplanken“ kann sich Generalsekretär Christian Lindner vorstellen.

Und so spaltet Merckels Konzept der zwei Geschwindigkeiten nicht nur Europa, sondern auch die deutsche Politik. CDU, SPD und Grüne fordern eine engere politische Integration des Kontinents, CSU und FDP sind eher dagegen.

Unterstützung erhält die Kanzlerin an diesem Montag von ganz unerwarteter Seite. In den vergangenen Monaten hat der Milliardär Nicolas Berggruen unter dem Dach seines Instituts einen „Rat für die Zukunft Europas“ zusammengestellt, dem neben Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder auch die früheren Regierungschefs Tony Blair (Großbritannien) Felipe González (Spanien) sowie der frühere EU-Kommissionspräsident Jacques Delors angehören.

Das Votum des Rates lautet: Es muss mehr statt weniger Europa geben. Die EU solle ihre Rettungsschirme ausweiten, man müsse noch enger zusammenwachsen, weitere nationale Kompetenzen sollen nach Brüssel übertragen werden, nicht nur in Finanz- und Wirtschaftsfragen. Auch eine Europa-Steuer, die Brüssel für die EU künftig erheben darf, wird mittelfristig angemahnt. Gefordert wird zudem ein Programm für Wachstum und Beschäftigung für Europa sowie eine Revision aller Arbeitsmärkte und Sozialsysteme der Mitgliedsländer, eine Agenda 2010 für Europa gewissermaßen.

Kein Wunder, dass Kommissionsmitglied Schröder den Plan seiner Nachfolgerin für mehr europäische Integration fast vorbehaltlos unterstützt. „Mit dem Plan einer europäischen Wirtschaftsregierung haben Deutschland und Frankreich ein starkes Signal gegeben“, sagt der Ex-Kanzler im SPIEGEL-Gespräch (siehe Seite 24). „Das ist der richtige Weg.“

MARKUS FELDENKIRCHEN, RALF NEUKIRCH,  
CHRISTIAN REIERMANN, MICHAEL SAUGA,  
CHRISTOPH SCHULT

## „Kronjuwel des Parlaments“

Das Verfassungsgericht urteilt über die Euro-Rettung – und dürfte vor allem Vorgaben für die Beteiligung des Bundestags machen.

**A**n diesem Mittwoch werden die acht Verfassungsrichter in Karlsruhe Recht sprechen, doch ihr Urteil zum ersten Griechenland-Rettungspaket und dem ersten befristeten Euro-Rettungsschirm ist schon länger fertig. Dass die Juristen zumindest eine substantielle Beteiligung des Bundestags an allen weiteren Rettungsmaßnahmen anmahnen werden, gilt seit der mündlichen Verhandlung im Juli als ausgemacht.

Den Verkündungstermin in jene Wochen zu legen, in denen sich der Bundestag mit den weiteren Stabilisierungsmaßnahmen befassen muss, sei „teils zufällig, teils absichtlich“ geschehen, gab Verfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle vorigen

Geschäft des Rettungsschirms kontrollieren.

Schäuble sträubte sich zwar bis zuletzt. Er fürchtet, dass die EFSF zu langsam reagieren kann, wenn vor wichtigen Entscheidungen immer erst der Bundestag gefragt werden muss. Die Kanzlerin aber, die um eine Koalitionsmehrheit bei der Abstimmung fürchtet, will auf die Forderungen der Abgeordneten eingehen.

Schon in der bisherigen Verfassungsrechtsprechung ist diese Maxime angelegt. Bereits nach dem sogenannten Maastricht-Urteil aus dem Jahr 1993 dürfe es bei solchen Ermächtigungen „keinen Automatismus geben“, erklärte der für die Formulierung des jetzigen Urteils als Bericht-



Karlsruher Richter: „Teils zufällig, teils absichtlich“

STOCKHOFF / IMAGO

Donnerstag bei einer Buchvorstellung in Berlin schmunzelnd zu. Im Subtext dieser Tage wird klar, dass sich alle Beteiligten auf eine Kompromisslinie zubewegen. Inzwischen hat auch die Bundesregierung eingesehen, dass sie den Abgeordneten ein Mitspracherecht zugestehen muss – gegen die Bedenken von Finanzminister Wolfgang Schäuble.

Im Prinzip haben die Koalitionsfraktionen folgende Linie festgelegt: Der deutsche Vertreter beim Rettungsfonds darf neue Hilfskredite nur ermöglichen, wenn der Bundestag zugestimmt hat – andernfalls müsste er sein Veto einlegen. Auch andere wesentliche Beschlüsse des Fonds, wie etwa der Ankauf von Staatsanleihen, müssen vom Parlament abgesehen werden. Zudem soll der Haushaltsausschuss das operative

erstanter zuständige Verfassungsrichter Udo Di Fabio in der mündlichen Verhandlung Anfang Juli.

Dabei stellt sich eine noch grundsätzlichere verfassungsrechtliche Frage: nämlich inwieweit der Bundestag überhaupt finanzielle Garantien in einer Höhe eingehen darf, die zurzeit zwei Dritteln des Bundeshaushalts entspricht. Im Urteil zum Vertrag von Lissabon, ebenfalls aus der Feder Di Fabios, heißt es, der Bundestag müsse bei der Haushaltspolitik mit „ausreichenden politischen Freiräumen für Einnahmen und Ausgaben“ ausgestattet sein.

„Das Budgetrecht ist das Kronjuwel des Parlaments“, gab Di Fabio schon in der Verhandlung zu bedenken, „aber wenn der Souverän beginnt, seine Kronjuwelen zu verpfänden, dann könnte seine Freiheit begrenzt sein.“

DIETMAR HIPPE, RALF NEUKIRCH